



Index	Last	Change		Prev.	Index	Last	Change		Prev.
DAX	10918,62	-12,62	-0,12	10931,24	DJ 30	24370,1	162,94	0,67	24207,16
MDAX	22735,42	-44,67	-0,20	22780,09	NASDAQ Cp	6718,453	49,89	0,75	6668,562
TEC DAX	2518,87	6,37	0,25	2512,5	Nikkei 225*	20679,89	277,62	1,36	20402,27
EuroStoxx50	3069,35	-7,87	-0,26	3077,22	Hang Seng*	27036,08	280,45	1,05	26755,63
Bund Future	164,32	0,02	0,01	164,3	Euro/US \$	1,1389	0,00	0,00	1,1389
Gold in \$*	1291,11	-0,92	-0,07	1292,03	Öl (Brent) \$*	61,77	0,59	0,96	61,18

\*Daten von circa 05:30

Vorbörsliche Indikationen (07:00)				
DAX Indikation	10.980	+62	S&P Future	2.641,80 +6,60
			NASDAQ Future	6.735,25 +15,25

Aktie	Parität in €	Change		Schlusskurs Xetra in €	Schlusskurs NYSE in \$	Volumen NYSE
		€	%			
SAP AG	90,99	0,51	0,56%	90,48	103,63	337.976
Nokia OJ	5,25	0,03	0,55%	5,22	5,98	19.734.151

Unternehmenstermine (u.a.)						
Unternehmen	Ric	Anlass	Zeit	Gewinn/Verl. <sup>1</sup>	Umsatz <sup>1</sup>	EPS <sup>1</sup>
Heute keine wichtigen Unternehmenstermine						

<sup>1</sup>Consensus Schätzungen; Source: vwd/Bloomberg, wenn nicht andere angegeben ist; <sup>2</sup> Reuters: Umfrage; <sup>3</sup> gemäß Unternehmensangabe; <sup>4</sup> Reuters/Multex; <sup>5</sup> sonstige

Konjunkturtermine (u.a.)				
Land	Indikator	Monat	Uhrzeit	Schätzung
EWU	EZB Leistungsbilanz, sb	November	10:00	n/a (23,0) Mrd €
USA	Industrieproduktion (m/m)	Dezember	15:15	0,2% (0,6%)
USA	Kapazitätsauslastung	Dezember	15:15	78,5% (78,5%)
USA	Verbrauchervertrauen Uni Michigan, vorab	Januar	16:00	96,8 (98,3)

<sup>1</sup> Consensus Schätzungen; Source: vwd/Bloomberg, wenn nicht andere angegeben ist; <sup>2</sup> CBS MarketWatch; <sup>3</sup> Börsenzeitung; <sup>4</sup> Handelsblatt; <sup>5</sup> FT; <sup>6</sup> Barron's

Wall Street Schlussbericht				
Volumen NYSE:		0,95 (0,90)	Volumen NASDAQ:	2,10 (2,12)
10-jährige Bonds:	- 6/32	y 2,75 %	30-jährige Bonds:	+ 1/32 y 3,07 %

Ein **Medienbericht** über eine **mögliche Aufhebung von Einfuhrzöllen** auf **chinesische Produkte** hat die US-Börsen am Donnerstag beflügelt. Einen entsprechenden Vorschlag habe Finanzminister Steve Mnuchin vorgelegt, berichtete das *"Wall Street Journal"* unter Berufung auf Insider. Er habe die Kehrtwende im Handelsstreit für die nächste Verhandlungsrunde am 30. Januar ins Spiel gebracht. Ein Ministeriumssprecher dementierte den Bericht allerdings. Zuvor hatten **enttäuschende Ergebnisse** der Investmentbank **Morgan Stanley** die Börsen in New York belastet.

Die Aktien von **Morgan Stanley** rutschten um 4,4 Prozent ab. Das Geldhaus bekam im Schlussquartal 2018 wie die Konkurrenten Goldman Sachs, JP Morgan und Citigroup die Turbulenzen an den Finanzmärkten zu spüren und verzeichnete Einbußen im wichtigen Handel mit festverzinslichen Wertpapieren.

Der führende US-Aluminiumkonzern **Alcoa** verdiente zum Jahresende wieder Geld, nachdem er ein Jahr zuvor noch rote Zahlen geschrieben hatte. Die Alcoa-Aktie verteuerte sich um rund zwei Prozent.



## US Unternehmen

Dank ausgabefreudiger Kreditkartenkunden hat **American Express** zum Jahresende gute Geschäfte gemacht - Anleger reagierten aber dennoch unzufrieden. Im vierten Quartal legten die Erlöse im Jahresvergleich um acht Prozent auf 10,5 Milliarden Dollar zu, wie der Finanzkonzern am Donnerstag nach US-Börsenschluss mitteilte. Unter dem Strich ergab sich ein Gewinn von 2,0 Milliarden Dollar (1,8 Mrd Euro). Im Vorjahr hatte ein negativer Bilanzeneffekt wegen der US-Steuerreform einen hohen Verlust verursacht. An der Wall Street war mit noch stärkeren Zahlen gerechnet worden - die Aktie geriet nachbörslich zunächst mit rund drei Prozent ins Minus. Im gesamten abgelaufenen Geschäftsjahr steigerte American Express die Erlöse um neun Prozent auf 40,3 Milliarden Dollar und machte einen Gewinn von 6,9 Milliarden (dpa/AFX).

Der führende Streamingdienst **Netflix** wächst im Rekordtempo. Im vierten Quartal 2018 konnte er 8,8 Millionen neue Abonnenten anlocken und damit einen Rekord aufstellen - weltweit sind es nun 139 Millionen. Der Umsatz sei um 27 Prozent auf 4,19 Milliarden Dollar gestiegen, teilte das US-Unternehmen am Donnerstagabend mit. Profitieren kann Netflix dabei immer mehr von Eigenproduktionen, in die es viel Geld investiert. Zuletzt war der im Dezember gestartete Horrorthriller "Bird Box" mit Hollywood-Star Sandra Bullock ein Zuschauermagnet. Die Anleger konnten Netflix mit den Zahlen allerdings nicht begeistern. Sie hatten noch mehr erwartet. Der Umsatz und auch die Prognose für die Erlöse im laufenden ersten Quartal blieben etwas hinter den Markterwartungen zurück. Die Aktie fiel nachbörslich rund vier Prozent (Reuters).

**Google** gibt Spekulationen über Pläne für eine eigene Computer-Uhr neuen Auftrieb mit einem Zukauf. Der Internet-Konzern holt sich für 40 Millionen Dollar (35 Mio Euro) Smartwatch-Technologie beim Uhren-Spezialisten Fossil. Die Unternehmen ließen in der Mitteilung am Donnerstag offen, um welche Technologie genau es geht. Zugleich soll ein Teil der Entwicklungsabteilung von Fossil zu Google wechseln, die Firma werde aber mehr als 200 Mitarbeiter in dem Bereich behalten (dpa/AFX).

## Marktmeldungen

**Deutschland** und **China** wollen ihre **Zusammenarbeit im Finanzbereich** vertiefen. Bei einem Treffen von Finanzminister Olaf Scholz mit dem chinesischen Vize-Regierungschef Liu He am Freitag in Peking wurden drei Abkommen für einen Ausbau der Kooperation im Banken- und Versicherungssektor unterzeichnet. Es gehe auch darum, entgegen der Trends, die anderswo zu beobachten seien, einen Fortschritt in der Zusammenarbeit zu finden, sagte Scholz zum Auftakt des deutsch-chinesischen Finanzdialogs. In einer Erklärung beider Seiten hieß es, Deutschland und China wollten sich gemeinsam für die Bewahrung des multilateralen Systems auf der Welt einsetzen und Protektionismus bekämpfen. Scholz forderte die Regierung in Peking auf, den heimischen Markt für deutsche Banken und Versicherungen weiter zu öffnen und für gleiche Wettbewerbsbedingungen zu sorgen (Reuters).

Die Organisation eines zweiten **Brexit-Referendums** würde nach Informationen aus Regierungskreisen länger als ein Jahr dauern. Dies gehe aus einem offiziellen Regierungspapier hervor, das Premierministerin Theresa May am Mittwoch Abgeordneten gezeigt habe, hieß es am Donnerstag in Mays Büro. (Reuters).

Die **italienische Regierung** hat am Donnerstag grünes Licht für zwei entscheidende Wahlversprechen gegeben. Dabei handelt es sich um das **Grundeinkommen** und die **Rentenreform**, die der wichtigste Grund für das höhere Staatsdefizit sind. Das Grundeinkommen werde das Leben von fünf Millionen Italienern verbessern, die in Armut lebten, sagte der Chef der 5-Sterne-Bewegung Luigi Di Maio. "Das ist eine Regierung, die ihre Versprechen hält", sagte Ministerpräsident Giuseppe Conte. Das Parlament muss nun binnen zwei Monaten den Vorschlägen zustimmen (Reuters).

**Norwegens** Minderheitsregierung hat einen vierten Koalitionspartner gefunden und kann nun eine Mehrheitsregierung bilden. Ministerpräsidentin Erna Solberg holte die Christdemokraten mit ins Boot. "Das ist ein historischer Tag. Norwegen bekommt seine erste nicht-sozialistische Mehrheitsregierung seit 1985", sagte Solberg nach Abschluss der Verhandlungen am Abend. Die seit 2013 amtierende Ministerpräsidentin erhofft sich davon mehr Stabilität der Mitte-Rechts-Regierung, um den Weg für eine Wiederwahl im Jahr 2021 zu erleichtern. In Umfragen lag zuletzt die Mitte-Links-Opposition unter Führung der Sozialdemokraten vorn (Reuters).



Die **USA** werten **Nordkorea** in einer überarbeiteten Raketenabwehrstrategie als "außerordentliche Bedrohung". Dagegen hatte US-Präsident Donald Trump vor sieben Monaten noch erklärt, die Bedrohung durch die Führung in Pjöngjang sei beseitigt (Reuters).

## Automobiles & Parts

Im Zusammenhang mit dem Diesel-Skandal bei **Volkswagen** sind in den USA vier **Audi-Manager** angeklagt worden. Ihnen wird Verschwörung zur Umgehung der US-Emissionsnormen für Diesel-Fahrzeuge mit 3,0-Liter-Motoren vorgeworfen, wie am Donnerstag aus Gerichtsunterlagen hervorging. Sie seien für die Motorenentwicklung bei der VW-Tochter zuständig gewesen und hätten erkannt, dass sie die Abgasstandards angesichts der Audi-Designvorgaben nicht erfüllen konnten. Keiner der Angeklagten sei in US-Haft, teilte das Justizministerium mit. Alle würden in Deutschland vermutet. Ein VW-Sprecher erklärte, der Konzern wirke weiter an den Untersuchungen des Ministeriums mit. Zu einzelnen Fällen wolle sich das Unternehmen aber nicht äußern (Reuters).

Im Tarifstreit am ungarischen **Audi**-Standort in Győr wollen die Beschäftigten mit einem Warnstreik den Druck erhöhen. Die zuständige Gewerkschaft, die mehr als die Hälfte der über 12.000 Mitarbeiter in dem Werk vertritt, rief dazu auf, am heutigen Freitag für zwei Stunden die Arbeit niederzulegen. Sie fordert von der **Volkswagen**-Tochter eine umgehende Erhöhung der Löhne um 18 Prozent und insgesamt eine Angleichung an die Bezahlung in anderen Werken in Ost- und Mitteleuropa (Reuters).

## Banks

Die **Deutsche Bank** ist tief in Deutschlands größten Steuerskandal verstrickt. Nach Recherchen von *Süddeutscher Zeitung*, *NDR* und *WDR* war das Geldinstitut früh darüber im Bilde gewesen, dass andere Institute und Finanzfirmen den Fiskus mit dubiosen Aktiengeschäften jahrelang systematisch ausnahmen. Das geht aus internen Mails der Deutschen Bank vom März 2007 hervor. Die Bank sah aber nach derzeitigen Erkenntnissen davon ab, die Bundesregierung zu warnen. Vielmehr entschied sich das Geldinstitut, bei solchen Geschäften als Dienstleister zu agieren, um daran zu verdienen. Es geht um den Handel von Aktien mit (Cum) und ohne (Ex) Dividende. Banken und Börsenfonds hatten eine Gesetzeslücke genutzt, um sich eine nur einmal gezahlte Steuer auf die Dividendenerlöse mehrmals erstatten zu lassen (SZ).

## Health Care

Die **BB Biotech AG** informierte im Einklang mit der Ad-hoc-Publizitätspflicht bereits heute über die Ergebnisentwicklung für das Geschäftsjahr 2018. Nach einem volatilen Jahr für den Biotechnologieaktienmarkt, insbesondere im 4. Quartal, weist die BB Biotech AG für das Geschäftsjahr 2018 basierend auf den noch nicht geprüften konsolidierten Zahlen einen Verlust von rund CHF 471 Mio. aus (Gewinn von CHF 688 Mio. im Vorjahr) (bloomberg).

## Oil & Gas

**Bundeswirtschaftsminister** Peter Altmaier hat gelassen auf Sanktionsdrohungen von US-Botschafter Richard Grenell gegen deutsche Firmen mit Beteiligung an der Gaspipeline **Nord Stream 2** reagiert. Der CDU-Politiker sagte der *Deutschen Presse-Agentur*: "Deutschland ist ein Land, in dem Meinungs- und Pressefreiheit gewährleistet sind. Deshalb ist es nicht notwendig, jeden einzelnen Brief zu kommentieren. Aber: Tatsache ist, dass Deutschland ein Rechtsstaat ist." Der Bau von Nord Stream 2 führe im Wesentlichen durch internationale Gewässer, die notwendigen Genehmigungen der nationalen Anrainerstaaten lägen seit langem vor (dpa/AFX).



## Kontakte Steubing AG

### Morning News:

Alexander Dietzer  
+49 (0) 69 29716 149  
alexander.dietzer@steubing.com

### Institutionelle Kundenbetreuung:

Holger Gerwalt                      Michael Heidn  
+49 (0) 69 29716 176                +49 (0) 69 29716 131  
Wolfgang Schroth  
+49 (0) 69 29716 144

**Steubing AG**  
Goethestraße 29  
60313 Frankfurt a. M.  
Tel.: +49 (0) 69 29716 0  
Fax: +49 (0) 69 29716 111  
info@steubing.com  
www.steubing.com

### Haftungsausschluss:

Die beigefügten Presseauszüge spiegeln Informationen und Meinungen der jeweiligen Analysten und Redaktionen wider. Neben den Presseauszügen enthält dieses Dokument Informationen, die durch die Steubing AG erarbeitet wurden. Obwohl die Steubing AG sämtliche Angaben und Quellen für verlässlich hält, kann für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der enthaltenen Informationen keine Haftung übernommen werden. Insbesondere wird für Irrtum und versehentliche unrichtige Wiedergabe, insbesondere in Bezug auf Kurse und andere Zahlenangaben, jegliche Haftung ausgeschlossen. Die Steubing AG übernimmt keine Verpflichtung zur Richtigstellung etwa unzutreffender, unvollständiger oder überholter Informationen.

Dieses Dokument dient lediglich der Information. Auf keinen Fall enthält es Angebote, Aufforderungen oder Empfehlungen zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder anderen Finanzinstrumenten. Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen stellen keine „Finanzanalyse“ im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes dar und genügen auch nicht den gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit der Finanzanalyse und unterliegen keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Finanzanalysen. Sie können insbesondere von den von Steubing AG veröffentlichten Analysen von Finanzinstrumenten und ihrer Emittenten (Research) abweichen. Bevor Sie eine Anlageentscheidung treffen, sollten Sie Ihren Anlageberater konsultieren.

Die Informationen in diesem Dokument richten sich ausschließlich an institutionelle Investoren und professionelle Marktteilnehmer; es ist nicht für die Verbreitung an Privatpersonen geeignet. Dieses Dokument ist entsprechend des deutschen Aufsichtsrechts erstellt worden und wird von der Steubing AG nach Maßgabe dieser Vorschriften übermittelt. Ausländische Rechtsordnungen können die Verbreitung dieses Dokuments beschränken. Eine Weitergabe oder Verbreitung dieses Dokuments ist daher nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung der Steubing AG gestattet.

Die Steubing AG, die dieses Dokument verbreitet, unterliegt der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in Deutschland.

©Steubing AG/Alle Rechte vorbehalten.

### Zuständige Aufsichtsbehörde:

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)  
Graurheindorferstraße 108  
53117 Bonn  
Deutschland

und

Marie-Curie-Str. 24-28  
60439 Frankfurt  
Deutschland